

Soziale Gerechtigkeit – Ergebnisse einer repräsentativen Parlamentarier-Umfrage

Gemeinschaftsinitiative der Bertelsmann Stiftung,
Heinz Nixdorf Stiftung und Ludwig-Erhard-Stiftung



Impressum

© 2007 Bertelsmann Stiftung

Herausgeber:

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh

Verantwortlich:

Dr. Robert B. Vehrkamp
Telefon 05241 81-81526
Fax 05241 81-81982
robert.vehrkamp@bertelsmann.de

Andreas Kleinsteuber
Telefon 05241 81-81405
Fax 05241 81-81982
andreas.kleinsteuber@bertelsmann.de

Bildnachweis:

Quelle: Deutscher Bundestag, Lichtblick/Achim Melde

Der besseren Lesbarkeit wegen haben wir in der Regel auf die weibliche Sprachform verzichtet.
Wir bitten alle Leserinnen um Verständnis.

Robert B. Vehrkamp, Andreas Kleinsteuber

Soziale Gerechtigkeit – Ergebnisse einer repräsentativen Parlamentarier-Umfrage

Gütersloh, im Januar 2007

Inhalt

Einleitung	4
Die wichtigsten Ergebnisse in Kürze	5
Politiker halten Verteilung für gerechter als die Bürger	6
Soziale Gerechtigkeit = Chancen- und Teilhabegerechtigkeit	7
Deutsches Rentensystem nicht generationengerecht	9
Große Mehrheit für stärkere Steuerfinanzierung der Sozialversicherungssysteme	10
Fast 90 Prozent der Politiker gegen höhere Steuer- und Abgabenlast	12
Skandinavien als Vorbild sozialer Gerechtigkeit	13
Reformprioritäten Arbeitsplätze und Sozialversicherungssysteme	15
Familienpolitik als Top-Thema der Politik	16
Weniger soziale Gerechtigkeit durch Agenda 2010	17
Lagerdenken in Fragen der Verteilungsgerechtigkeit	19
Presstext: Was verstehen deutsche Politiker unter sozialer Gerechtigkeit?	21
Service-Formular	23

Einleitung

Soziale Gerechtigkeit – seit den heftigen Debatten um die Agenda 2010 und der Bildung der großen Koalition nach der Bundestagswahl 2005 ist das Thema wieder ins Zentrum der politischen Auseinandersetzung gerückt. Die Bürger zeigen sich in Umfragen unzufrieden mit der sozialen Gerechtigkeit in Deutschland. Wie aber schätzen Politiker aller Parteien und Generationen das Thema ein? Was verstehen deutsche Politiker unter sozialer Gerechtigkeit? Gibt es Unterschiede oder Gemeinsamkeiten zwischen der jungen, mittleren und älteren Generation von Politikern? Überlagern Differenzen zwischen den Parteien die Differenzen zwischen den Generationen?

Die vorliegende Studie dokumentiert die Ergebnisse einer repräsentativen Parlamentarier-Umfrage aller Abgeordneten des Bundestages, der Länderparlamente sowie der deutschen Europa-Abgeordneten zum Thema soziale Gerechtigkeit in Deutschland. Die Befragung wurde im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, in Kooperation mit der Heinz Nixdorf Stiftung und der Ludwig-Erhard-Stiftung vom Institut für Demoskopie (IfD) Allensbach durchgeführt.

Ermittelt wurde dabei insbesondere:

- welche Einstellungen und Urteile das Bild der Politiker von sozialer Gerechtigkeit in Deutschland prägen,
- welche Maßnahmen zugunsten sozialer Gerechtigkeit partei- und generationenübergreifend mehrheitsfähig sind, und
- inwieweit sich die Vorstellungen der jungen Abgeordneten (bis 35 Jahre), von den 35- bis 49-jährigen („Baby-Boomer“) und besonders den älteren Abgeordneten (ab 50 Jahre) unterscheiden.

Befragt wurden insgesamt 384 Abgeordnete des Bundestages und der Länderparlamente sowie aus der Gruppe der deutschen Abgeordneten des Europäischen Parlaments. Nach schriftlicher Vorankündigung und Terminvereinbarung wurden die Befragungen im Zeitraum zwischen dem 9. Oktober und 10. November 2006 von Interviewern der Allensbacher Telefoninterviewzentrale (Bonn) anhand eines strukturierten Fragebogens telefonisch durchgeführt. Die Befragten verteilen sich zu jeweils rund ein Drittel auf die drei Altersgruppen der bis 35-jährigen (126), der 36- bis 49-jährigen „Baby-Boomer“ (128) und der ab 50-jährigen älteren Abgeordneten (130). Da nur 219 unter den insgesamt rund 2.500 Abgeordneten der Grundgesamtheit dem jüngsten Alterssegment (bis 35 Jahre) angehören, ist diese Altersgruppe in der Befragung überproportional berücksichtigt. Um dennoch repräsentative Gesamtergebnisse ausweisen zu können, wurde diese Disproportionalität der Stichprobenanlage anschließend durch faktorielle Gewichtung wieder ausgeglichen. Die Gesamtergebnisse sind damit sowohl nach Geschlecht und Alter, wie nach Parlaments- und Parteizugehörigkeit repräsentativ für die befragte Grundgesamtheit aller Abgeordneten des Bundestages, der Länderparlamente sowie der deutschen Europaabgeordneten.

Die wichtigsten Ergebnisse in Kürze

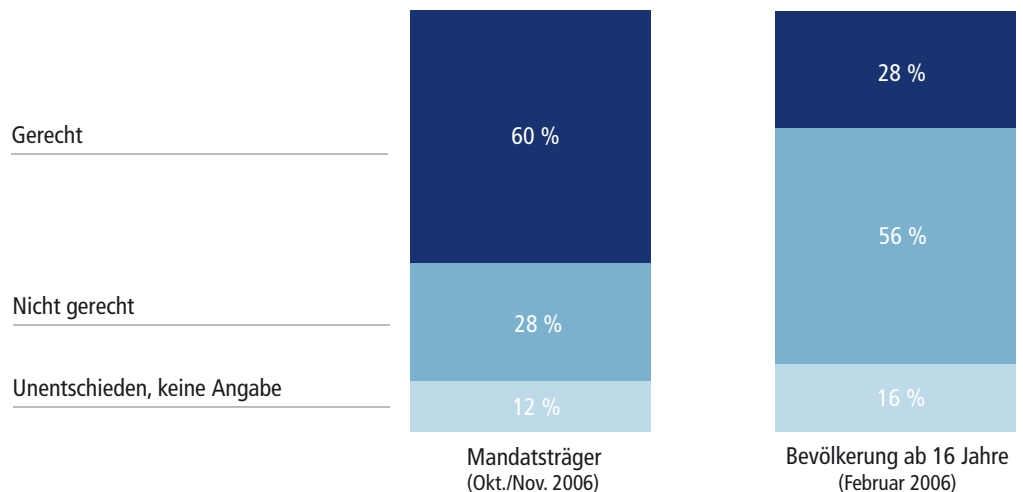
- **Politiker halten Verteilung für gerechter als die Bürger:** Während die Parlamentarier mehrheitlich davon überzeugt sind, dass Einkommen und Vermögen in Deutschland im Großen und Ganzen gerecht verteilt sind (60 Prozent), empfindet nur weniger als ein Drittel der Bevölkerung die Einkommens- und Vermögensverteilung im Lande als gerecht (28 Prozent).
- **Soziale Gerechtigkeit = Chancen- und Teilhabegerechtigkeit:** Für mehr als zwei Drittel der jungen Parlamentarier bedeutet soziale Gerechtigkeit vor allem Chancen- und Teilhabegerechtigkeit im Bildungssystem und am Arbeitsmarkt.
- **Deutsches Rentensystem nicht generationengerecht:** Mehr als drei Viertel (78 Prozent) der jüngeren Parlamentarier halten das deutsche Rentenversicherungssystem für nicht generationengerecht.
- **Große Mehrheit für stärkere Steuerfinanzierung der Sozialversicherungssysteme:** Sieben von zehn Parlamentariern sind der Meinung, dass die sozialen Sicherungssysteme stärker über Steuern finanziert werden sollten.
- **Fast 90 Prozent der Politiker gegen höhere Steuer- und Abgabenlast:** Nur 11 Prozent aller befragten Abgeordneten halten das Gesamtvolumen der Steuern und Abgaben für zu niedrig, neun von zehn Politikern sind damit gegen eine höhere Gesamtbelastung der Bürger mit Steuern und Abgaben.
- **Skandinavien als Vorbild sozialer Gerechtigkeit:** Eine Mehrheit von 55 Prozent aller Politiker sieht in den skandinavischen Ländern das Vorbild für mehr soziale Gerechtigkeit. Als Negativbeispiel sozialer Gerechtigkeit betrachtet eine Mehrheit von Politikern angelsächsische Länder wie die USA und Großbritannien.
- **Reformprioritäten Arbeitsplätze und Sozialversicherungssysteme:** Auf einer Skala von 0 („überhaupt nicht wichtig“) bis 100 („ganz besonders wichtig“) stehen die Schaffung neuer Arbeitsplätze und die Reform der sozialen Sicherung mit gut 90 Punkten ganz oben auf der Reform-Agenda der Politik.
- **Familienpolitik als Top-Thema der Politik:** Neun von zehn aller Abgeordneten sprechen sich für zusätzliche Maßnahmen zugunsten von mehr Familiengerechtigkeit aus. Etwa gleich häufig nennen die Abgeordneten dabei die Schaffung besserer Betreuungsangebote für Kinder und zusätzliche Maßnahmen zur direkten finanziellen Förderung von Familien.
- **Weniger soziale Gerechtigkeit durch Agenda 2010:** Eine deutliche Mehrheit von 59 Prozent der Abgeordneten aus Bundestag, Landtagen und Europaparlament verbindet mit der Agenda 2010 den Abbau sozialer Gerechtigkeit in Deutschland.
- **Lagerdenken in Fragen der Verteilungsgerechtigkeit:** Während in der FDP fast neun von zehn Parlamentariern (86 Prozent) und in der CDU/CSU 83 Prozent aller Mandatsträger die Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland für gerecht halten, teilt in der SPD jeder zweite diese Einschätzung (50 Prozent). Bei den Grünen halten nur 14 Prozent der Mandatsträger die Verteilung in Deutschland für gerecht.

Politiker halten Verteilung für gerechter als die Bürger

Die Parlamentarier beurteilen die Verteilungsgerechtigkeit der Vermögen und Einkommen in Deutschland deutlich anders als die Bevölkerung. Während die Parlamentarier mehrheitlich davon überzeugt sind, dass Einkommen und Vermögen in Deutschland im Großen und Ganzen gerecht verteilt sind, empfindet nur weniger als ein Drittel der Bevölkerung die Einkommens- und Vermögensverteilung im Lande als gerecht. Die Mehrheit der Bevölkerung beurteilt die Verteilung in Deutschland dagegen als ungerecht. In der Bevölkerung ist der Anteil derer, die eine ungerechte Einkommens- und Vermögensverteilung sehen, mit 56 Prozent doppelt so groß wie der Anteil derer, die diese für gerecht halten (28 Prozent). Bei den Politikern ist das Verhältnis genau umgekehrt: Der Anteil derer, die die Einkommens- und Vermögensverteilung für gerecht halten (60 Prozent), ist mehr als doppelt so groß wie der Anteil derjenigen Parlamentarier, die die Verteilung für ungerecht halten (28 Prozent).

Einschätzung der Verteilungsgerechtigkeit durch Mandatsträger und Bevölkerung im Vergleich: Mandatsträger sind ungleich stärker von einer gerechten Verteilung überzeugt

Frage: „Sind die wirtschaftlichen Verhältnisse bei uns in Deutschland – ich meine, was die Menschen besitzen und was sie verdienen – im Großen und Ganzen gerecht oder nicht gerecht?“



Am stärksten ist der Unterschied zwischen Parlamentariern und Bevölkerung in der jüngeren Generation ausgeprägt. Während bei den Parlamentariern in allen Altersgruppen mehrheitlich etwa 60 Prozent die Verteilung in Deutschland als gerecht bezeichnen, hält nur etwa jeder fünfte junge Mensch zwischen 16 und 29 Jahren die Einkommen und Vermögen in Deutschland für gerecht verteilt (21 Prozent). Bei den ab 60-jährigen sehen dies in der Bevölkerung immerhin gut ein Drittel (34 Prozent) so. Der Anteil derer, die Einkommen und Vermögen in Deutschland für gerecht verteilt halten, ist damit bei den jüngeren Parlamentariern fast dreimal so hoch wie bei den jüngeren Menschen in der Bevölkerung.

Einiger sind sich Politiker und Bevölkerung in der Einschätzung, dass die soziale Gerechtigkeit in Deutschland in den letzten Jahren abgenommen hat. Sind in der Bevölkerung 68 Prozent der Meinung, dass die soziale Gerechtigkeit in den letzten Jahren abgenommen hat, während nur 3 Prozent eine Zunahme wahrnehmen, und 22 Prozent sagen, sie ist in etwa gleich geblieben, wird diese negative Einschätzung von den Parlamentariern mehrheitlich geteilt: Sie urteilen zu 59 Prozent, dass die soziale Gerechtigkeit abgenommen hat, während nur 9 Prozent eine Zunahme sehen und 30 Prozent meinen, sie ist gleich geblieben.

Soziale Gerechtigkeit = Chancen- und Teilhabegerechtigkeit

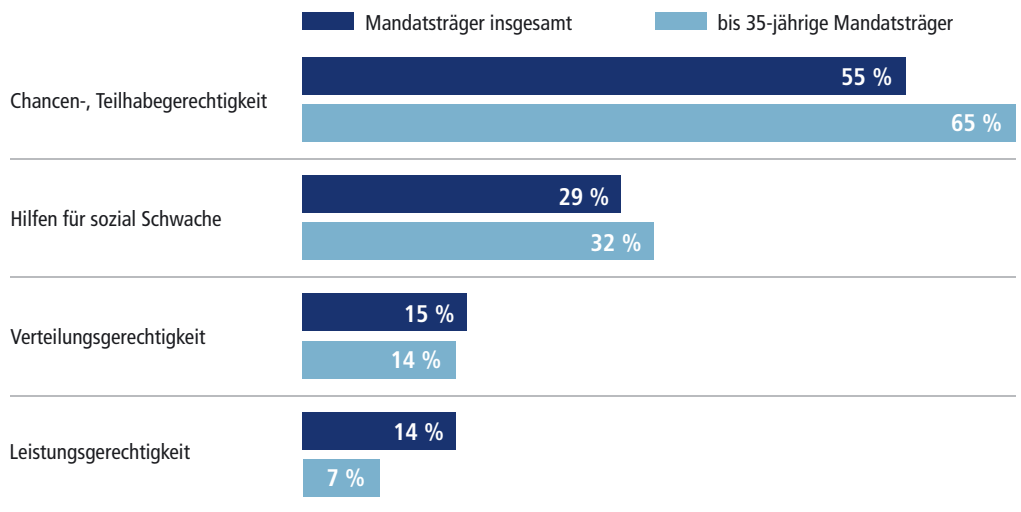
Befragt nach ihrem Verständnis sozialer Gerechtigkeit, steht für eine deutliche Mehrheit (55 Prozent) aller Parlamentarier die Chancen- und Teilhabegerechtigkeit im Mittelpunkt. Chancengerechtigkeit bei der Bildung und auf dem Arbeitsmarkt sowie die Teilhabe aller am gesellschaftlichen und sozialen Leben sind damit aus Sicht der Politiker die wichtigsten Grundpfeiler einer sozial gerechten Gesellschaft. Erst mit großem Abstand wird von 29 Prozent der Politiker die soziale Absicherung durch den Staat genannt, während die Aspekte Verteilungsgerechtigkeit (15 Prozent) und Leistungsgerechtigkeit (14 Prozent) im Verständnis sozialer Gerechtigkeit eher in den Hintergrund rücken.

Dieser Befund bestätigt sich, wenn man die Parlamentarier danach fragt, was sie für besonders wichtig halten (Skala von 0 bis 100), um in Deutschland soziale Gerechtigkeit zu erreichen. Mit einem Skalenwert von 92 Punkten wird die Chancengerechtigkeit am wichtigsten bewertet, gefolgt von der Familiengerechtigkeit (87 Punkte), während der Leistungsgerechtigkeit mit 73 Punkten und der Verteilungsgerechtigkeit mit 66 Punkten eine deutlich geringere Bedeutung für die Realisierung sozialer Gerechtigkeit beigemessen wird.

Am stärksten ausgeprägt ist das Verständnis sozialer Gerechtigkeit als Chancen- und Teilhabegerechtigkeit bei der jungen Politikergeneration, in der fast zwei Drittel aller Befragten (65 Prozent) soziale Gerechtigkeit im Sinne von Chancen- und Teilhabegerechtigkeit definieren. Das setzt sich fort auf der sozialpolitischen Maßnahmenebene. Befragt nach konkreten Maßnahmen für mehr soziale Gerechtigkeit nennen fast die Hälfte (48 Prozent) der bis 35-jährigen Abgeordneten zuallererst Maßnahmen zur Herstellung von mehr Chancengerechtigkeit. Lediglich jeder vierte (26 Prozent) unter 35-jährige nennt auch wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Förderungsmaßnahmen. Deutlich anders gewichten dies die Abgeordneten der mittleren und älteren Generationen, die beiden Maßnahmenkomplexen – mehr Chancen- und Teilhabegerechtigkeit sowie wirtschafts- bzw. arbeitsmarktpolitische Förderung – in etwa die gleiche Bedeutung zur Herstellung sozialer Gerechtigkeit beimessen.

Was Mandatsträger unter „sozialer Gerechtigkeit“ verstehen

Frage: „Was verstehen Sie persönlich unter ‚sozialer Gerechtigkeit‘? Würden Sie mir das bitte mit wenigen Worten sagen?“ (Offene Ermittlung ohne Antwortvorgaben, Mehrfachangaben möglich)



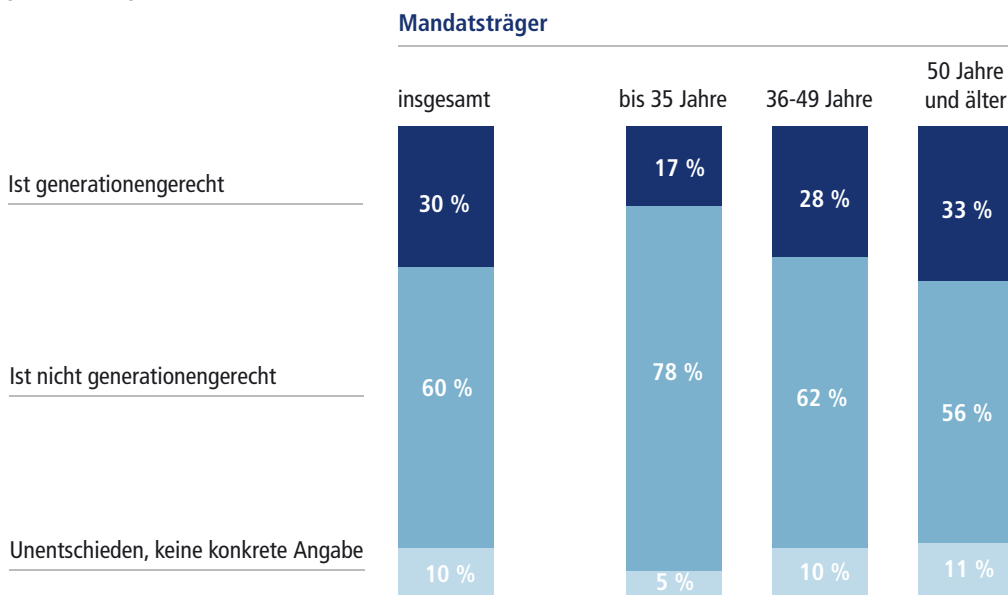
Deutsches Rentensystem nicht generationengerecht

Mehr als drei Viertel (78 Prozent) aller jüngeren Parlamentarier halten das deutsche Rentenversicherungssystem für nicht generationengerecht. Auch in der mittleren Altersgruppe und bei den ab 50-jährigen Mandatsträgern wird diese Einschätzung mehrheitlich geteilt. Der Anteil derjenigen, die das Rentensystem in Deutschland für nicht generationengerecht halten, ist jedoch bei den 36- bis 49-jährigen mit einem Anteil von 63 Prozent und bei den ab 50-jährigen mit einem Anteil von 56 Prozent deutlich geringer als in der Gruppe der jüngeren Abgeordneten.

Die bei den jüngeren Abgeordneten generationenspezifisch überdurchschnittlich ausgeprägte Einschätzung der deutschen Rentenversicherung als nicht generationengerecht führt dazu, dass die jüngeren auch den Grad der erreichten Generationengerechtigkeit insgesamt für deutlich geringer halten als die älteren Abgeordneten. So sehen die bis 35-jährigen Parlamentarier Generationengerechtigkeit in Deutschland zu lediglich 17 Prozent verwirklicht, während die ab 50-jährigen die Verhältnisse in Deutschland zu immerhin 33 Prozent als generationengerecht empfinden.

Generationengerechtigkeit des heutigen Rentenversicherungssystems

Frage: „Ist unser heutiges Rentenversicherungssystem alles in allem generationengerecht oder nicht generationengerecht?“



BertelsmannStiftung

Im Durchschnitt aller Altersgruppen und Parteien halten insgesamt 60 Prozent aller deutschen Parlamentarier unser heutiges Rentenversicherungssystem für nicht generationengerecht.

In der parteipolitischen Differenzierung zeigt sich, dass die Abgeordneten von FDP (80 Prozent), CDU/CSU (69 Prozent) und Bündnis 90/Die Grünen (64 Prozent) diese Einschätzung überdurchschnittlich teilen, im Vergleich zur Linkspartei/PDS (60 Prozent) und insbesondere zur SPD (43 Prozent) also häufiger der Meinung sind, dass unser heutiges Rentenversicherungssystem alles in allem nicht generationengerecht ist.

Große Mehrheit für stärkere Steuerfinanzierung der Sozialversicherungssysteme

70 Prozent aller befragten Parlamentarier teilen die Auffassung, dass die sozialen Sicherungssysteme stärker über Steuern finanziert werden sollten. Besonders ausgeprägt ist diese Meinung unter den jüngeren Mandatsträgern: drei von vier der bis 35-jährigen treten für eine stärkere Steuerfinanzierung ein – gegenüber zwei von drei bei den älteren Politikern.

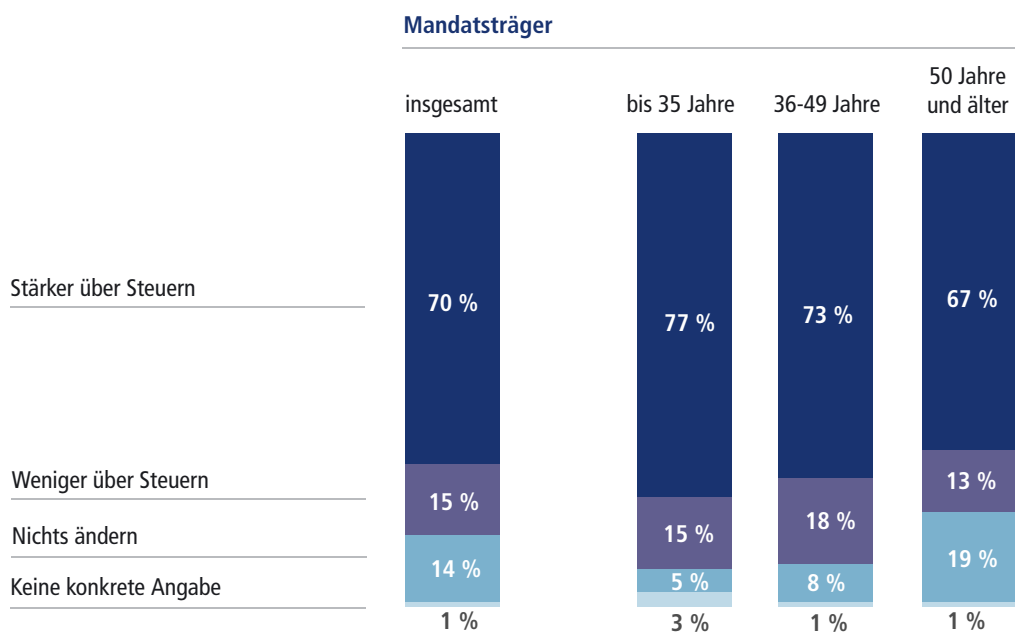
Auch parteiübergreifend findet sich in allen Parteien eine zumindest knappe Mehrheit für eine stärkere Steuerfinanzierung: Während die Zustimmung bei der Linkspartei/PDS (90 Prozent), den Grünen (84 Prozent) und der SPD (80 Prozent) nahezu einhellig ausfällt, sind in der CDU/CSU 59 Prozent und auch in der FDP eine immerhin knappe Mehrheit (50 Prozent) dafür, die sozialen Sicherungssysteme in Zukunft stärker über Steuern zu finanzieren. Demgegenüber lehnen ein Viertel der befragten Mandatsträger der CDU/CSU und fast ein Drittel in der FDP eine stärkere Steuerfinanzierung explizit ab.

Der Optimismus, dass eine Umfinanzierung der sozialen Sicherungssysteme allein diese bereits zukunftsfester macht, ist bei der SPD, den Grünen und der Linkspartei/PDS jedenfalls deutlich ausgeprägter als bei CDU/CSU und FDP. Auch diese tragen die Umfinanzierung zwar mehrheitlich mit, wollen eine stärkere Steuerfinanzierung aber zu zwei Dritteln (CDU/CSU) und zu 90 Prozent in der FDP mit einer gleichzeitigen Senkung der Gesamtabgabenquote aus Steuern und Abgaben verbinden. Eine Mehrheit in CDU/CSU und FDP hält folglich eine stärkere Steuerfinanzierung ohne eine gleichzeitige Senkung der Gesamtabgabenlast für nicht ausreichend, um ein zukunftssicheres Sozialsystem zu erreichen.

Auch bei der Frage, zugunsten welcher Steuern die lohnabhängigen Sozialversicherungsbeiträge gesenkt werden sollen, gehen die Parteipräferenzen stark auseinander. Für höhere Vermögenssteuern sprechen sich bei der Linkspartei/PDS 86 Prozent und jeweils 58 Prozent bei der SPD und den Grünen aus. Für eine Finanzierung von Beitragssenkungen durch eine höhere Mehrwertsteuer sprechen sich bei CDU/CSU 44 Prozent, bei der FDP 40 Prozent und bei den Grünen 41 Prozent der Mandatsträger aus. Eine Erhöhung der Einkommensteuer kommt, mit wenigen Ausnahmen bei CDU/CSU und FDP, nur für Teile der SPD (23 Prozent), der Grünen (25 Prozent) und der Linkspartei/PDS (31 Prozent) infrage.

Plädoyer für eine stärkere Steuerfinanzierung der sozialen Sicherungssysteme in Deutschland

Frage: „Zur Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme in Deutschland: Sollten die sozialen Sicherungssysteme in Zukunft stärker über Steuern finanziert werden oder weniger als bisher über Steuern, oder sollte sich da nichts ändern?“

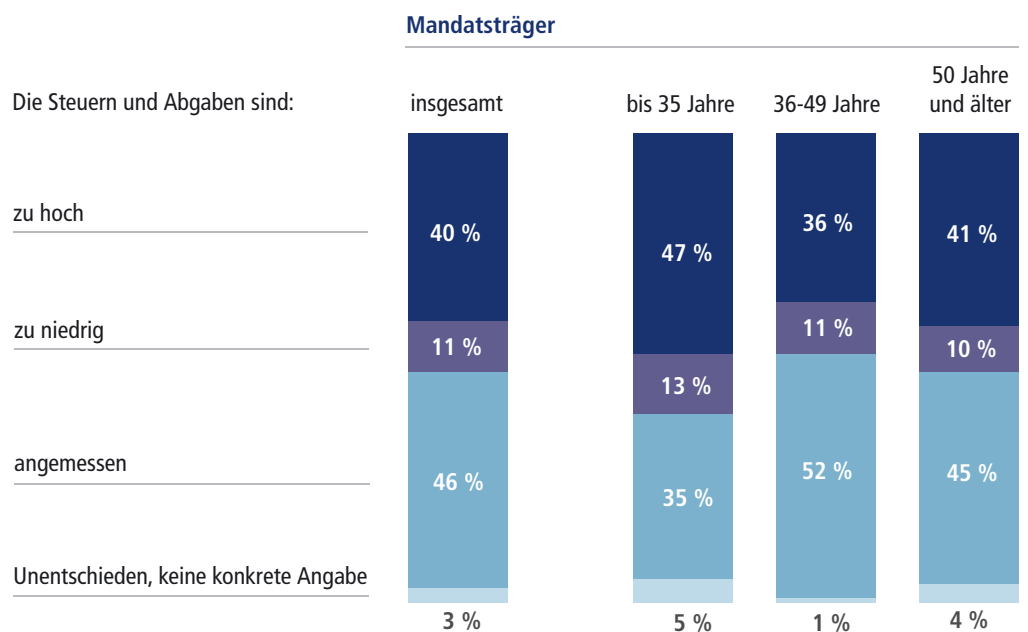


Fast 90 Prozent der Politiker gegen höhere Steuer- und Abgabenlast

Nur 11 Prozent aller befragten Parlamentarier halten die Gesamtbelastung mit Steuern und Abgaben in Deutschland für zu niedrig. Neun von zehn Politikern sind damit gegen eine höhere Gesamtbelastung der Bürger mit Steuern und Abgaben. Sehr viel mehr, 40 Prozent, halten die derzeitige Steuer- und Abgabenquote dagegen für zu hoch, während 46 Prozent aller befragten Politiker diese für angemessen halten. Noch unzufriedener mit der Höhe der Steuern und Abgaben ist die junge Generation der Politiker. Von den bis 35-jährigen Mandatsträgern halten fast die Hälfte (47 Prozent) die derzeitige Gesamtbelastung für zu hoch, während lediglich gut ein Drittel (35 Prozent) diese als angemessen betrachten.

Urteil über die Höhe der Steuern und Abgaben in Deutschland

Frage: „Wenn Sie einmal an die Höhe aller Steuern und Abgaben in Deutschland denken: Halten Sie die Steuern und Abgaben ganz allgemein für zu hoch, zu niedrig, oder für angemessen?“



Eine überparteiliche Mehrheit für eine Senkung der Steuer- und Abgabenquote ergibt sich daraus jedoch noch nicht. Während 90 Prozent aller FDP-Abgeordneten und zwei Drittel aller befragten Parlamentarier der CDU/CSU für eine geringere Steuer- und Abgabenlast plädieren, empfinden nur 17 Prozent der Linkspartei/PDS, 9 Prozent in der SPD und nur knapp 5 Prozent der Grünen die derzeitige Gesamtbelastung der Bürger mit Steuern und Abgaben als zu hoch. Bei der SPD halten fast drei von vier und bei den Grünen 70 Prozent die Gesamtbelastung für angemessen. Für eine Erhöhung der Abgabenlast sprechen sich 41 Prozent bei der Linkspartei/PDS, gut 20 Prozent der Grünen und knapp 17 Prozent in der SPD aus. Im Kontrast dazu wird eine Erhöhung der Gesamtbelastung mit Steuern und Abgaben im bürgerlichen Lager von CDU/CSU und FDP einhellig von jeweils 100 Prozent der befragten Parlamentarier abgelehnt.

Trotz der überwältigenden, und mit Ausnahme der Linkspartei/PDS auch überparteilichen Mehrheit gegen eine höhere Steuer- und Abgabenquote zeigt sich in der Frage einer Senkung der Abgabenlast ein ausgeprägtes parteipolitisches Lagerdenken: Während SPD und Grüne dies zu jeweils 90 Prozent ablehnen, also der Meinung sind, dass es für wirtschafts- und sozialpolitischen Erfolg nicht auf die Höhe, sondern vor allem auf die Struktur staatlicher Einnahmen und Ausgaben ankommt, wird diese Einschätzung von CDU/CSU und FDP nicht geteilt. Hier hält eine deutliche Mehrheit strukturelle Maßnahmen der Umfinanzierung staatlicher Einnahmen und Ausgaben allein für nicht ausreichend, sondern plädiert darüber hinaus für eine Senkung der Gesamtbelastung.

Skandinavien als Vorbild sozialer Gerechtigkeit

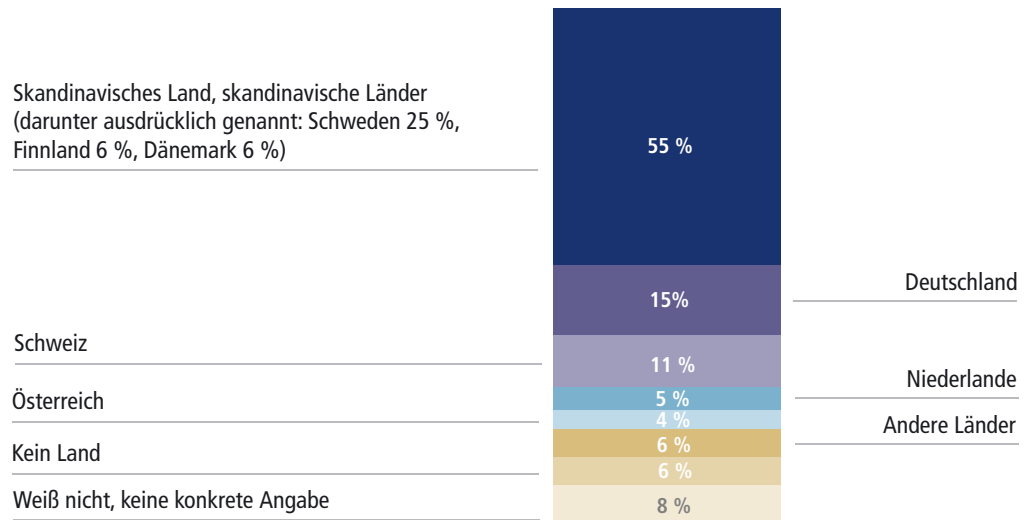
Befragt danach, welches entwickelte Industrieland ihren Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit am nächsten kommt, sieht eine Mehrheit von 55 Prozent aller Politiker in den skandinavischen Ländern ihr Vorbild für soziale Gerechtigkeit. Als einzelnes Land erhält Schweden die höchste Zustimmung und wird von immerhin einem Viertel aller befragten Politiker als Vorbild benannt. Dagegen halten nur noch 15 Prozent der Parlamentarier Deutschland für vorbildlich, wobei sich die jüngere Generation (6 Prozent) noch deutlich weniger am deutschen Sozialmodell orientiert als die ältere Politikergeneration (19 Prozent).

Hinter der knappen Mehrheitspräferenz für das skandinavische Modell verbergen sich allerdings große Parteiunterschiede. Während SPD (79 Prozent), Grüne (83 Prozent) und Linkspartei/PDS (96 Prozent) sich fast einhellig an den skandinavischen Ländern orientieren, tut dies in der CDU/CSU mit 27 Prozent lediglich etwa jeder Vierte der befragten Mandatsträger. In der FDP fällt die Zustimmung zum skandinavischen Modell mit 24 Prozent noch etwas geringer aus und konzentriert sich darüber hinaus mehrheitlich auf Dänemark (15 Prozent), während man sich bei den Grünen und in der SPD innerhalb Skandinaviens ganz überwiegend an Schweden orientiert.



Welches entwickelte Industrieland den Vorstellungen der deutschen Mandatsträger von sozialer Gerechtigkeit am nächsten kommt

(Mehrfachangaben möglich)



BertelsmannStiftung

Die mit Abstand größte Zustimmung zum deutschen Sozialmodell findet sich mit 26 Prozent bei der CDU/CSU, während in der FDP die Schweiz (22 Prozent) als einzelnes Land die größte Zustimmung erfährt, nahezu gleichauf mit anderen Ländern (23 Prozent), darunter die angelsächsischen Länder USA und Großbritannien.

Im deutlichen Kontrast dazu werden die angelsächsischen Länder von fast zwei Drittel aller Parlamentarier als Negativbild sozialer Gerechtigkeit benannt, wobei eine Mehrheit (54 Prozent) die USA als das entwickelte Industrieland nennen, das von ihren Vorstellungen sozialer Gerechtigkeit am weitesten entfernt ist. Bei SPD und Grünen bezeichnen sogar etwa zwei von drei Mandatsträgern die USA als das sozial ungerechteste Industrieland, und auch bei CDU/CSU sind immerhin 41 Prozent der befragten Abgeordneten dieser Meinung.

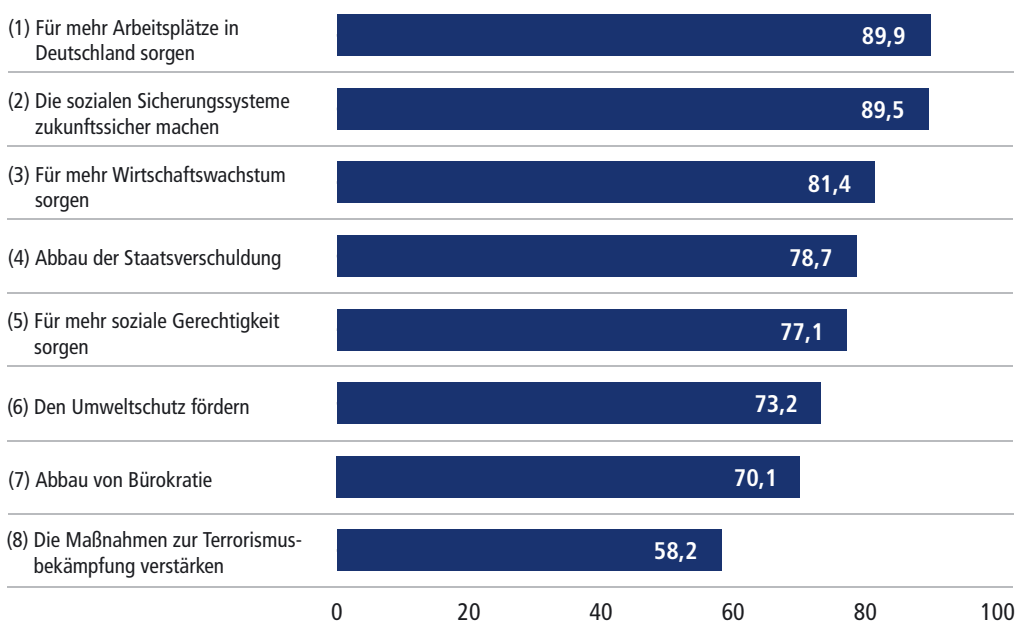
Reformprioritäten Arbeitsplätze und Sozialversicherungssysteme

Das Entstehen neuer Arbeitsplätze in Deutschland und die Reform der Sozialversicherungssysteme sind für die Parlamentarier die heute wichtigsten und vordringlichsten Aufgaben und Ziele der deutschen Politik.

Befragt nach ihren heute vordringlichsten Aufgaben, bewerten die Parlamentarier auf einer Skala von 0 („überhaupt nicht wichtig“) bis 100 („ganz besonders wichtig“) die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass in Deutschland mehr Arbeitsplätze entstehen, mit fast 90 Punkten als wichtigstes Ziel der Politik. Als nahezu gleich wichtig wird genannt, die sozialen Sicherungssysteme zukunftssicher zu machen (89 Punkte).

Politische Prioritäten aus Sicht der Mandatsträger

Durchschnittswerte auf einer Skala von 0 (überhaupt nicht wichtig) bis 100 (ganz besonders wichtig)



Bertelsmann Stiftung

Als ebenfalls wichtig, aber nicht vordringlich bewerten die Abgeordneten das Ziel, für mehr Wirtschaftswachstum zu sorgen (81 Punkte), den Abbau der Staatsverschuldung (78 Punkte), für mehr soziale Gerechtigkeit zu sorgen (77 Punkte) sowie den Umweltschutz (73 Punkte) und den Bürokratieabbau (70 Punkte). Demgegenüber wird die Verstärkung von Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung mit lediglich 58 Punkten als deutlich weniger vordringlich gesehen.

Die Schaffung und Erhaltung sozialer Sicherheit ist damit, in der generationen- und parteiübergreifenden Bewertung aller Parlamentarier, deutlich wichtiger und vordringlicher als zusätzliche Maßnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit. Die Gefährdung der sozialen Sicherheit durch die Abwanderung von Arbeitsplätzen ins Ausland und die Erosion der sozialen Sicherungssysteme wird von den politischen Entscheidungsträgern in Deutschland als größere Bedrohung empfunden, als die Gefährdung der inneren Sicherheit durch Gewalt, Extremismus und Terroranschläge.

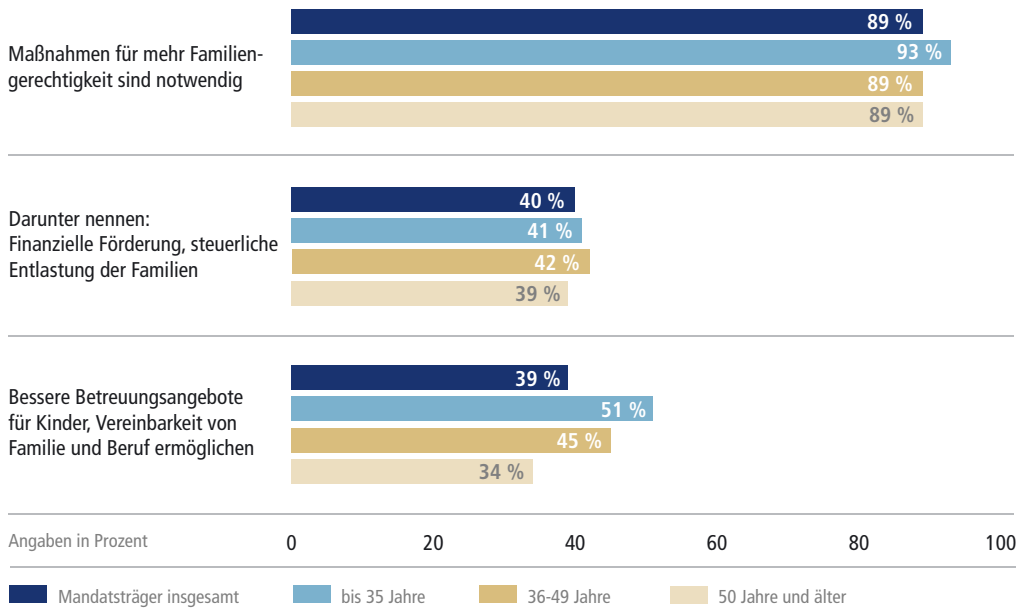
Familienpolitik als Top-Thema der Politik

89 Prozent aller Abgeordneten sprechen sich für zusätzliche staatliche Maßnahmen zugunsten von mehr Familiengerechtigkeit aus. Damit ist die Familienpolitik partei- und generationenübergreifend für die deutschen Politiker das Top-Thema der nächsten Jahre.

Auch auf der familienpolitischen Maßnahmenebene herrscht generationenübergreifender Konsens dahingehend, dass sich in allen befragten Altersgruppen etwa 40 Prozent der Mandatsträger eine Verbesserung der finanziellen Familienförderung und/oder Maßnahmen der steuerlichen Entlastung von Eltern und Familien wünschen. Darüber hinaus wünschen sich 28 Prozent aller Abgeordneten bessere Betreuungsangebote für Kinder und weitere 20 Prozent sonstige infrastrukturelle Maßnahmen zur verbesserten Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Besonders ausgeprägt ist die Forderung nach besseren Betreuungsangeboten für Kinder bei den bis 35-jährigen Parlamentariern (40 Prozent).

Hinter diesem generationsübergreifenden familienpolitischen Konsens verbirgt sich jedoch ein deutliches Spannungsverhältnis zwischen den Parteien. Während die Grünen zu 80 Prozent und die SPD zu immerhin zwei Dritteln (67 Prozent) für verbesserte Kinderbetreuungsangebote und sonstige infrastrukturelle Maßnahmen des Staates zur Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf plädieren, liegt bei CDU/CSU und FDP mit jeweils 49 Prozent die erste Priorität auf einer weiteren Verbesserung der finanziellen Familienförderung. Die staatlichen Infrastrukturmaßnahmen folgen bei den Abgeordneten von CDU/CSU mit 39 Prozent erst als zweite Priorität.

Maßnahmen für mehr Familiengerechtigkeit



Bertelsmann Stiftung

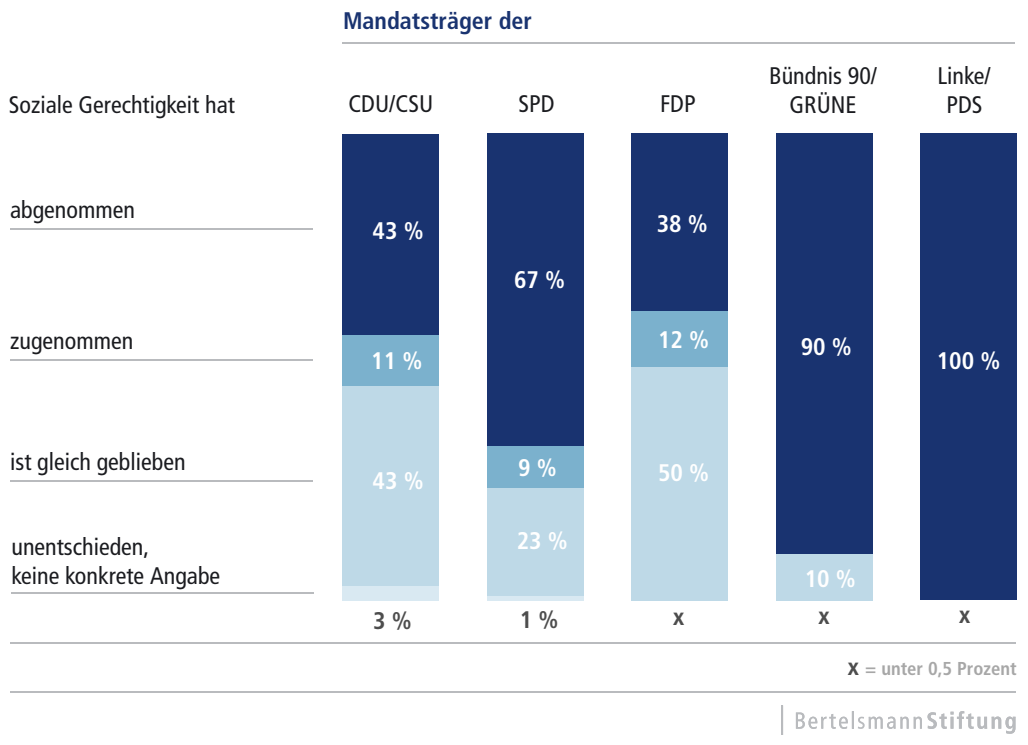
Weniger soziale Gerechtigkeit durch Agenda 2010

Soziale Gerechtigkeit ist nach Einschätzung aller Parlamentarier in Deutschland heute zu 61 Prozent verwirklicht. Dabei schätzen die über 50-jährigen den erreichten Grad der sozialen Gerechtigkeit mit 62 Prozent leicht höher ein als die bis 35-jährigen Abgeordneten (58 Prozent). In der parteipolitischen Differenzierung zeigt sich, dass die Mandatsträger aus CDU/CSU (69 Prozent) und FDP (65 Prozent) soziale Gerechtigkeit für deutlich stärker verwirklicht halten, als die Abgeordneten von SPD (57 Prozent) und Bündnis 90/Die Grünen (53 Prozent) sowie insbesondere die Abgeordneten der Linkspartei/PDS, die soziale Gerechtigkeit in Deutschland auf einer Skala von 0 bis 100 Prozent nur zu 39 Prozent verwirklicht sehen.

Mit Blick in die Zukunft der kommenden drei, vier Jahre erwarten knapp ein Drittel aller befragten Abgeordneten, dass soziale Gerechtigkeit in Deutschland abnehmen wird (29 Prozent). Lediglich die Abgeordneten von Bündnis 90/Die Grünen (56 Prozent) und der Linkspartei/PDS (80 Prozent) erwarten mit deutlicher Mehrheit, dass es in der Regierungszeit der amtierenden großen Koalition bis zum Jahr 2009 zu einem weiteren Abbau sozialer Gerechtigkeit kommt.

Mandatsträger aller Parteien bezweifeln eine Zunahme von sozialer Gerechtigkeit in Deutschland.

Frage: Hat die soziale Gerechtigkeit bei uns in den letzten drei, vier Jahren zugenommen, abgenommen oder ist sie gleich geblieben?



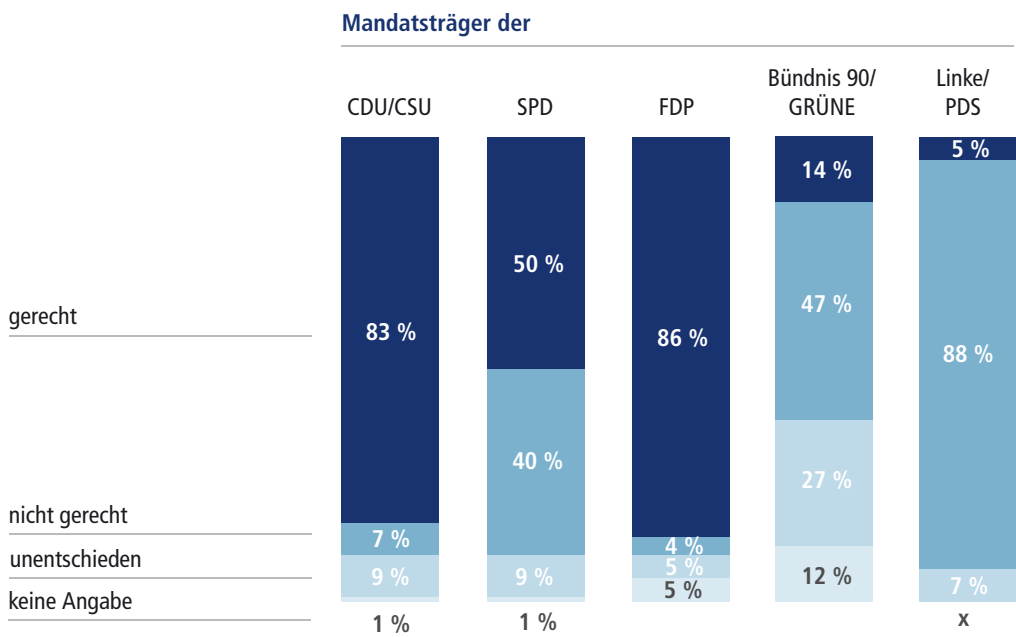
Ein ganz anderes Bild zeigt sich mit Blick auf die Entwicklung in den vergangenen drei, vier Jahren, also vor allem mit Blick auf die letzten drei Jahre der rot-grünen Bundesregierung nach der Bundestagswahl 2002 und der Durchsetzung der Agenda 2010. Für diese Jahre der zweiten rot-grünen Legislaturperiode sieht eine deutliche Mehrheit von 59 Prozent aller Abgeordneten einen Abbau sozialer Gerechtigkeit in Deutschland. Besonders ausgeprägt ist diese Einschätzung nicht nur bei der Linkspartei/PDS (100 Prozent), sondern auch bei den Abgeordneten der rot-grünen Regierungsfractionen. So bilanzieren 90 Prozent aller Abgeordneten der Grünen und 67 Prozent aller SPD-Abgeordneten für die letzten drei Jahre ihrer eigenen Regierungsverantwortung einen Abbau sozialer Gerechtigkeit, während dies nur 43 Prozent der CDU/CSU-Abgeordneten und nur 39 Prozent in der FDP so sehen.

Lagerdenken in Fragen der Verteilungsgerechtigkeit

Die Parlamentarier von CDU/CSU und FDP halten die Verteilung von Einkommen und Vermögen in Deutschland für deutlich gerechter als die Abgeordneten der SPD, der Grünen und der Linkspartei/PDS. Während in der FDP fast neun von zehn Parlamentariern (86 Prozent) und in der CDU/CSU 83 Prozent aller Mandatsträger die Einkommens- und Vermögensverteilung für gerecht halten, teilt in der SPD jeder zweite diese Einschätzung (50 Prozent). Bei den Grünen halten 14 Prozent die Verteilung in Deutschland für gerecht und bei der Linkspartei/PDS nur 5 Prozent.

Nur Mandatsträger der CDU/CSU sowie der FDP sind mit großer Mehrheit von Verteilungsgerechtigkeit bei uns überzeugt, Zweifel dagegen nicht nur bei der Linkspartei/PDS

Frage: „Wie sehen Sie das: Sind die wirtschaftlichen Verhältnisse bei uns in der Bundesrepublik – ich meine, was die Menschen besitzen und was sie verdienen – im Großen und Ganzen gerecht oder nicht gerecht?“



x = unter 0,5 Prozent

BertelsmannStiftung

In der Bevölkerung beurteilen 28 Prozent die Einkommens- und Vermögensverteilung als gerecht, während eine deutliche Mehrheit (56 Prozent) diese als nicht gerecht ansieht und 16 Prozent in dieser Frage unentschieden sind. Damit entsprechen die Einschätzungen zur Verteilungsgerechtigkeit in Deutschland bei den Parlamentariern von SPD, Grünen und der Linkspartei/PDS deutlich stärker dem Meinungsbild in der Bevölkerung, als bei den Mandatsträgern von CDU/CSU und FDP. Hier ist der Anteil derer, die die Verteilung in Deutschland für gerecht halten, fast dreimal so groß wie in der Bevölkerung.

Eine deutliche Differenz zwischen der Bevölkerungsmeinung und den Einschätzungen der Parlamentarier zeigt sich auch in den Einschätzungsunterschieden zwischen den Anhängern und Mandatsträgern der jeweiligen Parteien. Während bei den Anhängern der SPD der Anteil derjenigen, die eine gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland sehen, mit 25 Prozent nur halb so groß ist wie der entsprechende Anteil bei den Parlamentariern, ist diese Differenz bei CDU/CSU und FDP noch ausgeprägter: Nur 38 Prozent der CDU/CSU-Anhänger (gegenüber 83 Prozent der CDU/CSU-Mandatsträger) und lediglich 32 Prozent der Anhänger der FDP (gegenüber 86 Prozent der FDP-Mandatsträger) halten die Verteilung in Deutschland für gerecht. Lediglich bei der Linkspartei/PDS sind die Differenzen zwischen Anhängern und Mandatsträgern gering: Nur 5 Prozent ihrer Anhänger und 5 Prozent ihrer Parlamentarier halten Besitz und Einkommen in Deutschland für gerecht verteilt. Als einzige Partei ist bei den Grünen der Anteil derer, die von einer gerechten Verteilung in Deutschland ausgehen, bei den Parlamentariern mit 14 Prozent deutlich geringer als bei den Anhängern, von denen jeder Vierte (25 Prozent) die Verteilung für gerecht hält.

Pressemitteilung der Bertelsmann Stiftung vom 18.12.2006

Was verstehen deutsche Politiker unter sozialer Gerechtigkeit?

Repräsentative Parlamentarier-Umfrage zeigt: Politiker und Bevölkerung haben unterschiedliche Auffassungen

Gütersloh, 18. Dezember 2006. Für eine deutliche Mehrheit der deutschen Parlamentarier sind Chancen- und Teilhabegerechtigkeit die wichtigsten Grundpfeiler einer sozial gerechten Gesellschaft. Das belegt eine aktuelle Allensbach-Umfrage der Bertelsmann Stiftung. Am stärksten ausgeprägt ist dieses Verständnis von sozialer Gerechtigkeit bei der jungen Politikergeneration (bis 35 Jahre). „Damit zeigt sich vor allem bei den jüngeren Politikern ein modernes Verständnis sozialer Gerechtigkeit, das deutlich über eine reine Verteilungsgerechtigkeit durch staatliche Sozialtransfers hinausgeht“, sagte Projektleiter Dr. Robert Vehrkamp bei der Vorstellung der Studie.

In der Frage, wie gerecht die Verteilung von Vermögen und Einkommen in Deutschland ist, gehen die Einschätzungen von Politikern und Bevölkerung jedoch eklatant auseinander: Während 60 Prozent aller Parlamentarier die Einkommens- und Vermögensverteilung für gerecht halten, teilt in der Bevölkerung noch nicht einmal jeder Dritte diese Einschätzung. Eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung (56 Prozent) hält die gegebene Verteilung von Einkommen und Besitz in Deutschland für nicht gerecht.

Eine Gerechtigkeitslücke sehen die Parlamentarier vor allem im deutschen Rentenversicherungssystem. Mehr als drei Viertel (78 Prozent) aller jüngeren und immerhin sechs von zehn aller Mandatsträger halten das deutsche Rentenversicherungssystem für nicht generationengerecht. Die bei den jüngeren Abgeordneten überdurchschnittlich ausgeprägte Einschätzung erklärt auch, warum diese Gruppe die Generationengerechtigkeit in Deutschland zu lediglich 45 Prozent für verwirklicht hält, während die ab 50-jährigen Parlamentarier die Verhältnisse in Deutschland zu immerhin 58 Prozent als generationengerecht empfinden.

Partei- und generationenübergreifend sind 70 Prozent aller Parlamentarier dafür, die sozialen Sicherungssysteme stärker als bisher über Steuern zu finanzieren. Auch diese Meinung ist bei den jüngeren Mandatsträgern besonders ausgeprägt: Drei Viertel der bis zu 35-jährigen treten für eine stärkere Steuerfinanzierung ein, gegenüber zwei Dritteln bei den älteren Politikern. Auch parteiübergreifend findet sich eine zumindest knappe Mehrheit für eine stärkere Steuerfinanzie-

zung: Während die Zustimmung bei den Linken (90 Prozent), den Grünen (84 Prozent) und der SPD (80 Prozent) nahezu einhellig ausfällt, sind in der CDU/CSU 59 Prozent und auch in der FDP eine immerhin knappe Mehrheit (50 Prozent) dafür, die sozialen Sicherungssysteme in Zukunft stärker über Steuern zu finanzieren.

Der Optimismus, dass eine Umfinanzierung der sozialen Sicherungssysteme diese allein bereits zukunftsfester macht, ist bei der SPD, den Grünen und den Linken allerdings deutlich ausgeprägter als bei CDU/CSU und der FDP. Auch diese tragen die Umfinanzierung zwar mehrheitlich mit, wollen eine stärkere Steuerfinanzierung aber zu zwei Dritteln (CDU/CSU) beziehungsweise zu 90 Prozent (FDP) mit einer gleichzeitigen Senkung der Gesamtabgabenquote aus Steuern und Abgaben verbinden.

Für zu niedrig halten die Gesamtbelastung mit Steuern und Abgaben in Deutschland ohnehin nur 11 Prozent aller Parlamentarier. Sehr viel mehr, 40 Prozent, halten die derzeitige Steuer- und Abgabenquote dagegen für zu hoch, während 46 Prozent aller befragten Politiker diese für angemessen halten. Unzufriedener mit der Höhe der Steuern und Abgaben ist die junge Generation der Politiker. Von den bis zu 35-jährigen Mandatsträgern hält fast die Hälfte (47 Prozent) die derzeitige Gesamtbelastung für zu hoch, während lediglich gut ein Drittel (35 Prozent) diese als angemessen betrachten.

Befragt danach, welches entwickelte Industrieland ihren Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit am nächsten kommt, sieht eine Mehrheit von 55 Prozent aller Politiker in den skandinavischen Ländern ihr Vorbild für soziale Gerechtigkeit. Als einzelnes Land erhält Schweden die höchste Zustimmung und wird von immerhin einem Viertel aller befragten Politiker als Vorbild benannt. Dagegen halten nur noch 15 Prozent der Parlamentarier Deutschland für vorbildlich, wobei sich die jüngere Generation (6 Prozent) noch deutlich weniger am deutschen Sozialmodell orientiert als die ältere Politikergeneration (19 Prozent).

Befragt wurde im Zeitraum zwischen dem 9. Oktober und 10. November 2006 eine repräsentative Stichprobe von 384 der insgesamt rund 2.500 Parlamentarier des Deutschen Bundestages, der Länderparlamente sowie aus der Gruppe der deutschen Europaabgeordneten. Die Umfrage wurde im Auftrag der Bertelsmann Stiftung in Kooperation mit der Heinz Nixdorf Stiftung und der Ludwig-Erhard-Stiftung durchgeführt.

Service-Formular

Eine vollständige Dokumentation der Umfrage erscheint in der Publikation
„Soziale Gerechtigkeit – eine Bestandsaufnahme“ im Verlag der Bertelsmann Stiftung:

Stefan Empter/Robert B. Vehrkamp (Hrsg.)

Soziale Gerechtigkeit – eine Bestandsaufnahme

Erscheinungsdatum: voraussichtlich im März 2007
Umfang: ca. 350 Seiten
Kosten ca. 30 EUR

ISBN: 978-3-89204-925-8

Mit folgendem Bestellschein können Sie die Publikation vorbestellen:

Fax-Bestellschein an 05241 81-681282

Bertelsmann Stiftung
Anja Bedford
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh

Bitte senden Sie mir zum Verkaufspreis ___ Exemplar(e) der Publikation
„Soziale Gerechtigkeit – eine Bestandsaufnahme“ (vorläufiger Titel) an folgende Anschrift:

Rechnungsanschrift falls abweichend:

Adresse | Kontakt:

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon 05241 81-0
Fax 05241 81-81999

Dr. Robert B. Vehrkamp
Telefon 05241 81-81526
Fax 05241 81-81982
robert.vehrkamp@bertelsmann.de

Andreas Kleinsteuber
Telefon 05241 81-81405
Fax 05241 81-81982
andreas.kleinsteuber@bertelsmann.de

www.bertelsmann-stiftung.de